

Weltanschauliche Strukturen in der DDR und die Folgen für die Existenz der katholischen Christen

Einführung

1. Gegensatz der Systeme – Gegensatz der Weltanschauungen
 - 1.1 Die Hoffnungen des Neubeginns
 - 1.2. Die DDR – ein „Weltanschauungsstaat“
 - 1.3. Die Verweigerung weltanschaulicher Koexistenz
 - 1.4. Die bürgerliche Ideologie als philosophischer Idealismus
 - 1.5. Die Kritik der Kirche gegen die Ausgrenzung der Christen
2. Religionskritik – militanter Atheismus
 - 2.1. Zur „Einheit“ des Marxismus-Leninismus
 - 2.2. Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“?
 - 2.3. Die Diskussion über den Sozialismus
 - 2.4. „Religion muß sterben“
 - 2.5. „Das Christentum muß leben“
3. Sozialistisches oder christliches Menschenbild
 - 3.1. Persönlichkeit statt Person
 - 3.2. Das kommunistische Menschenbild
 - 3.3. Vom Wert des Menschen und seinen Rechten
4. Offene Fragen
 - 4.1. Zur katholischen Kirche
 - 4.2. Zur marxistischen Philosophie
 - 4.3. Zur Ökumene

Literatur

Zusammenfassung

Einführung

Die Schwierigkeiten des Einigungsprozesses in Deutschland sind größer als bisher vermutet. Der politischen Vereinigung am 3. Oktober 1990 sollte die rasche Angleichung der Wirtschaft und der sozialen Lebensverhältnisse seitens der neuen Bundesländer an die alten folgen. Niemand vermag heute vorherzusagen, wann diese Einheit vollendet sein wird. Sie setzt das

geistige Zusammenwachsen aller Deutschen in Ost und West voraus; erst die kommende Generation wird das Gelingen dieses Prozesses erleben.

Jeder Gestaltung von Politik, Wirtschaft und sozialen Bedingungen liegen geistige Strukturen zugrunde. Diese stärker in den Blick zu rücken, ist das Ziel dieser Expertise. Die Kenntnis dieser Strukturen könnte zur Erklärung mancher gegenwärtiger Krisen dienen und dem gegenseitigen Verständnis der Menschen in Ost und West nützlich sein. Der Gestaltung der „DDR-Gesellschaft“ liegt die Konzeption der marxistisch-leninistischen Weltanschauung voraus, die jede Pore des kollektiven und des individuellen Lebens zu durchdringen suchte. Ihren Grundprinzipien waren nicht nur die Christen in der DDR konfrontiert, sondern alle Bürger. Das gesamte System der Bildung und Erziehung war dieser Doktrin unterworfen; niemand konnte sich äußerlich in eine völlige Neutralität zurückziehen.

In dieser Untersuchung wird die These vertreten, daß nur ein quantitativ geringer Teil der Bürger überzeugte Kommunisten gewesen sind; nicht einmal von allen Mitgliedern der SED – es waren zuletzt ca. 2,5 Millionen – kann dies behauptet werden. Im Gegensatz dazu übte aber die Indoktrination des Marxismus-Leninismus eine Wirkung aus, welche noch über Jahrzehnte schwerwiegende Folgen zeitigen wird.

Kultur und Geistesleben in Deutschland waren bis 1933 bzw. 1945 weitgehend von den Traditionen des Christentums und des Humanismus geprägt. Eine Messe von Bruckner, ein Psalm, vertont von Brahms oder Reger, hatten Platz in dem Bildungshorizont auch dessen, der nicht die Kirche besuchte. Auch der Nichtchrist war vertraut mit dem religiösen Hintergrund der Werke von Dostojewski, Leo Tolstoi oder der Josephs-Trilogie von Thomas Mann. Die Darstellungen biblischer Erzählungen von Lukas Cranach d.Ä. im Schloß zu Weimar erkannte in ihrem Sinn jeder, der durchschnittliche Bildung besaß. Zwei Diktaturen haben dazu geführt, daß sich im Osten Deutschlands der kulturelle Horizont völlig verändert hat. Es ist abwegig, die Diktatur des Nationalsozialismus mit der des Kommunismus auf eine Stufe stellen zu wollen – ersterer lag keine Philosophie, sondern ein irrationaler „Blut- und Bodenmythos“, verbunden mit dem verbrecherischen Antisemitismus zugrunde –, dennoch ist beiden gemeinsam ihre prinzipielle Gegnerschaft zum Christentum.

Die Geschichte der Bürger, welche die vier Jahrzehnte „DDR“ erlebten, ist eine andere als nur die Geschichte einer gescheiterten Politik und Wirtschaft. Die Geschichte der Kirchen und der Christen in der DDR ist eine andere als nur die Geschichte von Kirchenfunktionären und ihren Kontakten mit der Regierung oder der Staatssicherheit. Um diese Geschichte und damit auch die Schwierigkeiten des „Zusammenwachsens“ zu begreifen, bedarf es des Verständnisses dafür, von welchen geistigen Grundlagen die Gesellschaft der DDR geprägt war. Der Anspruch der kommunistischen Ideologie an das

Individuum war total, die Unterwerfung des einzelnen unter sie aber nicht. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung eignete sich diese Weltanschauung in ihrer Ganzheit an, der größte Teil aber adaptierte sie sich partiell. Dies wird verständlich vor dem Anspruch der Ideologie, das Wahrheitsmonopol zu besitzen. Die Spuren des Bildungs- und Erziehungssystems werden der Generation, welche es durchlaufen und durchleiden mußte, anhaften, solange es sie gibt.

Dieses System sah in jedem geistigen Pluralismus eine Bedrohung seiner selbst. Wer in den vier Jahrzehnten der Diktatur nach einem alternativen geistigen Horizont in Kultur, Philosophie und Kunst suchte, war auf sich allein gestellt, es sei denn, er fand ihn in den Kirchen. So bestand das Ziel der Pädagogik ja nicht in der Vermittlung einer umfassenden humanistischen Bildung, sondern vielmehr in einer „Ausbildung“. Nicht produktives, schöpferisches Wissen und Lernen war gefragt, sondern zuerst Rezeption und Reproduktion des vermittelten „Stoffes“. Neben der fachlichen Leistung wurde die Bekundung der weltanschaulichen „Parteilichkeit“, somit Kenntnis und oft auch das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus benotet, was für die individuelle Existenz in der DDR von entscheidender Bedeutung sein konnte. Das Ideal dieser Pädagogik war der Staatsbürger, welcher im Denken und Verhalten die Konformität zum System bewies und eine Funktion in der Arbeitswelt übernahm, die mit der Gesamtplanung übereinstimmte.

Letztlich setzt alle Bildung und Erziehung ein bestimmtes Menschenbild voraus, welches die geistigen und ethischen Einstellungen beeinflusst und prägt. Das Menschenbild des Marxismus-Leninismus dürfte der wichtigste Schlüssel für das Verständnis der Geschichte Ostdeutschlands seit 1945 sein. Diese Doktrin intendierte einen endgültigen Bruch mit der christlich-abendländischen Kultur und Tradition und mit seinem Wertesystem. Daß dieses Ziel zu einem großen Teil erreicht wurde, beweist die Abkehr des überwiegenden Teils der Bevölkerung vom Christentum. Wenn auch die Säkularisierung im westlichen Teil Europas unaufhaltsam voranzuschreiten scheint, so ist dennoch die Entchristlichung Ostdeutschlands ein historisch gesehen einzigartiges Phänomen. Daß eine Region von der Größe der früheren DDR innerhalb von nur vier Jahrzehnten dem Christentum geistig und kulturell derartig entfremdet werden konnte, dürfte in der Geschichte Europas ein unvergleichbarer Vorgang sein.

Da bisher verlässliche Statistiken nicht vorliegen, kann der Anteil der Nichtchristen an der Gesamtbevölkerung Ostdeutschlands nur grob geschätzt werden. Wir müssen damit rechnen, daß etwa 12 Millionen von den 16 Millionen Bewohnern der neuen Länder keinerlei Bindung zu den Kirchen mehr besitzen, ein erheblicher Teil sich sogar entschieden zum Atheismus bekennt. Da jede Gesellschaft von ihren geistigen Fundamenten geprägt ist, kann die Ablösung des Christentums durch atheistische, vom Marxismus hin zum Agnostizismus

oder gar Nihilismus tendierende Anschauungen von Welt und Mensch nicht ohne Folgen sein.

Im April 1990 behauptete der ehemalige Staatssekretär für Kirchenfragen in der DDR, Klaus Gysi, die Staatsführung hätte mit der katholischen Kirche „kaum Auseinandersetzungen“ gehabt; sie habe dem Staat gegenüber „eine Position distanzierter gegenseitiger Nichteinmischung und absoluter Staatsloyalität“ eingenommen (Kirchliche Zeitgeschichte 1990, 464). Zu einem solchen Urteil kann nur gelangen, wer unter „Kirche“ vor allem die mit Kirchenpolitik Beauftragten versteht, nicht aber den Bürger, der als Christ von den Kommunisten als der „Andersdenkende“ bezeichnet und schon dadurch aus der Mehrheit ausgegrenzt wurde. Es ist unbestritten, daß die katholische Kirche ihre Gläubigen nicht zum Sturz der Diktatur aufgerufen hat. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß evangelische Landeskirchen sich nicht selten mit größerem Mut der Probleme der Bürger, auch der Nichtchristen, angenommen und auf verschiedenen Synoden die Veränderung des Systems eingefordert haben. Dennoch muß – so lehrt es die Distanz zur Geschichte – vor generalisierenden Urteilen gewarnt und Differenzierung angemahnt werden.

Für das Verhalten der katholischen Kirche zu Staat und Gesellschaft waren deren Selbstverständnis von entscheidender Bedeutung. Dieses fand seinen Ausdruck in der Ideologie des Marxismus-Leninismus. In diesem Beitrag soll auf die wichtigsten Problemfelder der weltanschaulichen Auseinandersetzung hingewiesen werden, denn von ihnen wurde das konkrete Leben der Christen in der DDR unmittelbar und ständig tangiert. Es steht somit primär die thematische Konzentration im Vordergrund; die unerläßlichen Bezüge auf historische Abläufe und Vorgänge sind auf ein Minimum begrenzt, da sie in anderem Zusammenhang dargestellt werden.

1. *Gegensatz der Systeme – Gegensatz der Weltanschauungen*

Die sowjetische Besatzungszone war 1945 noch eine Region, deren Bewohner sich zu etwa 90% zum Christentum bekannten. Vor Kriegsende bildeten die Katholiken 6% der Einwohner dieses geographischen Raumes, nach dem Einströmen der Flüchtlinge stieg ihr Anteil auf 12% (Kirchen, 12), gegenwärtig dürfte er zwischen 4 und 5% betragen. Je jünger die Bürger der neuen Bundesländer sind, desto weniger gehören von ihnen einer Kirche an.

1945 standen wir vor einem unermeßlichen Trümmerfeld, nicht nur äußerlich, sondern auch moralisch und geistig. In Ost und West richteten sich große Erwartungen auf die christlichen Kirchen, von denen man die entscheidenden Anstöße zu einer inneren Erneuerung Deutschlands erhoffte. Die Katholiken

in der Diaspora der sowjetischen Besatzungszone und der nachmaligen DDR fühlten sich der einen Kirche in Deutschland zugehörig. Wir waren davon überzeugt, daß das kirchliche Leben bald wieder aufblühen werde.

1.1. *Die Hoffnungen des Neubeginns*

Neben den schrecklichen Erfahrungen, welche viele Deutsche mit Angehörigen der einmarschierenden sowjetischen Truppen machten – sie blieben bis heute im Gedächtnis haften –, regte sich auch die Hoffnung, daß wirtschaftliche und politische Fundamente für eine Gesellschaft geschaffen werden könnten, die in die baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands münden würde. Schon im September 1945 wurde die erste große Bodenreform durchgeführt, wodurch 200 000 Flüchtlingsbauern eigenes Land bekamen. Angesichts von Millionen Vertriebener riefen die Bischöfe Deutschlands am 23.8.1945 dazu auf, denen, die heimatlos geworden waren, „ein gastliches Dach“ zu bieten und „mit ihnen den Tisch“ zu teilen (Dok.5). Die sowjetische Militäradministration zeigte nicht selten gegenüber den Repräsentanten der katholischen Kirche erstaunlich wenig Vorbehalte und erwies sich als großzügig in der Erteilung von Genehmigungen, die das kirchliche Leben betrafen. Grund zur Hoffnung bot am Anfang auch die Demokratisierung des politischen Lebens.*

Vertreter der CDU wie Jakob Kaiser und Ernst Lemmer glaubten bis zu ihrer Ausschaltung 1947, einen „christlichen Sozialismus“ verwirklichen zu können. Als am 7. März 1946 die FDJ gegründet wurde, erhielten beide Kirchen durch je einen Geistlichen Sitz und Stimme sogar im Zentralrat. Die anfangs gehegte Zuversicht erlitt ihre erste große Erschütterung, als mit der Gründung der SED im April 1946 jeglicher Widerstand in der SPD brutal unterdrückt wurde. Dennoch kam es zu relativ freien Wahlen der Landtage im Oktober 1946, welche nach der Ansicht Kaisers eine Entscheidung zwischen Christentum und Marxismus herbeiführen sollten. Die CDU gewann ca. ein Viertel der Stimmen. Als 1948 Nuschke ihr Vorsitzender wurde, verlor sie ihre Unabhängigkeit und wurde von der SED instrumentalisiert. Im September 1950 erklärte Nuschke, daß die Kirchen in der DDR „kein Sonderdasein führen“ dürften und fügte hinzu: „Ex oriente pax!“ (5. Parteitag der CDU in der DDR). Im Oktober 1952 bestätigte die CDU den absoluten Führungsanspruch der SED und verstand sich seither als „einschränkungslos sozialistische Partei“ (6. Parteitag; Kirchen 15). Im Vordergrund dieser ersten Nachkriegsjahre stand bei den Menschen die Absicherung des Existenzminimums; den Absichtserklärungen der SED gegenüber verhielt sich der Großteil der Bevölkerung zunächst abwartend.

* Literatur, die abgekürzt zitiert wird, ist am Ende des Beitrages aufgeführt.

Warum sollte man es – nach den 12 schrecklichen Jahren – nicht auf einen Versuch ankommen lassen, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten?

Die katholische Kirche verstand sich selbst von Anfang an als Kirche in protestantischer Diaspora. Volkskirche und damit Anwalt der Gesamtbevölkerung gegenüber dem Staat zu sein, diese Rolle fiel der evangelischen Kirche zu. Die katholische Kirche war zunächst darauf bedacht, Strukturen für kirchliches Leben zu schaffen und eine vom Staat unabhängige Ausübung von Verkündigung, Sakramentspendung und Caritas vornehmen zu können. Die Gastfreundschaft der evangelischen Gemeinden, die den Katholiken ihre Kirchen und Pfarrhäuser öffneten, stellt bis heute ein unvergleichliches Zeugnis für gelebte Ökumene dar.

Eine der Grundfragen, welche sich Christen in der DDR während der vier Jahrzehnte ständig stellen mußten, war die nach ihrem Ort in der Gesellschaft. Die katholische Kirche schenkte dabei den weltanschaulichen Problemen eine besondere Aufmerksamkeit. Lehramtliche Verurteilungen des Kommunismus reichen bis in das Jahr 1846 zurück, also noch in die Zeit vor dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes (Denzinger 2782). Auch den Christen in der Arbeitswelt und „vor Ort“ betraf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Christentum und Marxismus unmittelbar.

Die Strategie der SED lief darauf hinaus, die Christen zu spalten. Die SED unterschied zwischen den fortschrittlichen und den dem Sozialismus gegenüber feindlich eingestellten Christen. Während die Taktik variabel gehandhabt wurde und von der Tagespolitik beeinflusst war, blieb die Strategie im ganzen unverändert. Gemäß ihrer eigentümlichen Auffassung von Dialektik bestand eine Grundunterscheidung der SED darin, die Welt in das Reich des Kapitalismus und das des Sozialismus einzuteilen. Der historische Materialismus suchte die gesamte Geschichte der Menschheit mit Hilfe dieser Kategorien zu interpretieren und als einen ständigen Kampf der Systeme darzustellen. Der einzelne Bürger wurde so vor die unausweichliche Entscheidung gestellt, in diesem „Klassenkampf“ Partei zu ergreifen.

1.2. *Die DDR – ein „Weltanschauungsstaat“*

Verhängnisvoller aber war die Verknüpfung des jeweiligen gesellschaftlichen Systems mit einer philosophischen Grundrichtung, dem Idealismus oder dem Materialismus. Die Identifizierung des Sozialismus mit der Weltanschauung des dialektischen Materialismus mußte jeden Christen, der in der DDR leben und sich einbringen wollte, vor die Existenzfrage stellen. Der dialektische Materialismus beinhaltet unzweifelhaft den Atheismus; wie kann, wer an Gott glaubt, ein System bejahen, welches sich als atheistisch begreift? Vom Anfang bis zum Ende der DDR wurde besonders vom jungen Bürger auch in der Frage der Weltanschauung „Parteilichkeit“, also die Entscheidung für

Idealismus oder Materialismus in unerbitterlicher Weise eingefordert. Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß schon bis zum Bau der Mauer im Jahre 1961 Hunderttausende überzeugter Christen die DDR verließen; daß das Erreichen genau bestimmter gesellschaftlicher Positionen verhindert wurde und Lebensschicksale zerbrachen; daß in der Frage nach der Grenze der Anpassung kaum beschreibbare Gewissenskonflikte heraufbeschworen worden sind.

Woher stammt diese Verknüpfung zwischen dem politischen Ideal, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, mit einer geradezu versteinerten Weltanschauung, welche sich absolut setzte und ihrem Wesen nach intolerant sein mußte? Es ist keine Frage mehr, daß die Philosophie von Marx und Engels den Atheismus impliziert; zu streiten wäre darüber, ob sie von Beginn an so statisch und jeder Korrektur unfähig konzeptioniert gewesen ist. Zweifellos hat Lenin die atheistischen Elemente in dieser Weltanschauung aufs äußerste zugespitzt und Stalin daraufhin die Systematisierung dieser Ideologie vorgenommen und das Lehrgebäude des „Marxismus-Leninismus“ geschaffen. Die Abkehr von Stalin unter Chruschtschow sollte verbunden sein mit dem Ende des Personenkultes und der Offenlegung seiner Verbrechen; schon diese Vorhaben scheiterten im Ansatz. Zwar verschwanden auch die Werke Stalins in der Versenkung, eine Korrektur des von ihm geschaffenen ideologischen Systems versuchten jedoch nur wenige – z. B. Adam Schaff, Leszek Kolakowski, Georg Lukács, Ernst Bloch -; sie erzielten keine Wirkung außer der, daß sich die Partei von ihnen lossagte oder sie selbst ihr den Rücken kehrten. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts, daß die stalinschen Strukturen des Marxismus-Leninismus im Westen nur wenig, im Ostblock gar nicht thematisiert worden sind. Weil die Person und die Werke Stalins nach seinem Tod gleichsam „verbannt“ waren, ist nur wenigen bewußt, wie sehr der Geist Stalins in diesem Lehrgebäude bis zuletzt präsent gewesen ist.

In der katholischen Kirche der DDR wurde nie daran gezweifelt, daß die Ideologie der Politik übergeordnet war. Von entscheidender Bedeutung für die konkrete Politik und damit für das Leben des Christen im Alltag waren die theoretisch-ideologischen Passagen in den Parteitagebschlüssen, in den Veröffentlichungen von Politbüro und Zentralkomitee, sowie der pädagogischen Kongresse u.ä. Wenn irgendetwas Glauben verdiente an den Äußerungen der SED, dann die Ernsthaftigkeit, welche hinter der Ideologie stand. Besonders die Bischöfe Spülbeck von Meißen, Aufderbeck von Erfurt und Kardinal Bengsch in Berlin schenken den Entwicklungen, welche die Ideologie durchlief und von denen nicht nur Kunst, Kultur und Literatur, sondern nicht zuletzt die Kirchen betroffen waren, höchste Beachtung.

1.3. *Die Verweigerung weltanschaulicher Koexistenz*

Während in der Politik und in der Wirtschaft Phasen der Konfrontation mit denen der Koexistenz abwechselten, wurde eine Koexistenz von bürgerlicher Ideologie mit der Weltanschauung der Kommunisten auf das schärfste verneint. Daran änderte sich auch nichts während der letzten Jahre und Monate vor der Wende. Zwar wurde das von SPD und SED erarbeitete Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ von kirchlichen Gruppen stark beachtet, es ließ teilweise auch neue Hoffnungen aufkommen. Diese aber wurde zunichte gemacht durch den für Ideologie Verantwortlichen im Politbüro, Kurt Hager, der am 10. Juni 1988 erklärte, daß das Dokument „klar und eindeutig die ideologischen Unterschiede“ einander entgegenstelle: „Für ideologische Koexistenz oder für eine Konvergenz der beiden Gesellschaftssysteme läßt das Dokument keinen Raum“ (ND, S. 3, in ähnlicher Schärfe auch im ND vom 29./30.10.1988, S. 11).

Für Christen mußte es besonders entmutigend sein, daß in den Phasen der Kooperation zwischen Ost und West die These verbreitet wurde, Konsequenz der politischen Entspannung sei die Verschärfung des „ideologischen Kampfes“. Die Koexistenz verschiedener Weltanschauungen wurde von den „Verwaltern der Wahrheit“ gleichgesetzt mit der Tolerierung von Kapitalismus und Imperialismus. In keiner Phase der DDR-Geschichte waren Hoffnungen auf Änderungen der ideologischen Grundpositionen gerechtfertigt; die Theorie bestimmte letztlich über die Politik. Es war insofern nur konsequent, daß sich Kurt Hager und Margot Honecker – letztere übte im Bildungs- und Erziehungswesen unumschränkte Herrschaft aus – auch den Ansätzen eines „neuen Denkens“ im Sinne Gorbatschows verweigerten.

Weil die Negierung weltanschaulicher Koexistenz die Kirchen und die Christen unmittelbar betraf, mußten sie Strategien des Überlebens in diesem Staat entwickeln. Die Verantwortlichen in der katholischen Kirche hatten nie die Hoffnung, daß sich die von der Ideologie geprägte Wesensstruktur des Staates ändern könnte. Sie suchten daher keinen Dialog mit den Vertretern von Partei und Staat über prinzipielle Fragen, denn diese schienen durch das marxistisch-leninistische Lehrgebäude ein für allemal beantwortet zu sein. Weil die katholische Kirche ernst nahm, was der Sozialismus und Kommunismus in seinem Selbstverständnis zum Ausdruck brachte – wohl mehr als jede andere Institution –, konnte sie zu keinem Zeitpunkt ihre Rolle in der Gesellschaft als „Kirche im Sozialismus“ verstehen oder gar definieren. Sie war nach außen hin peinlich darauf bedacht, jeden Kontakt von Vertretern der Kirche mit Vertretern von Staat, Partei und Organisationen der Gesellschaft zu vermeiden oder genau unter ihrer Kontrolle zu behalten. Sie machte auch wenig Unterschiede zwischen der SED und den Blockparteien, einschließlich der CDU. Ob und inwieweit einzelne Vertreter der katholischen

Kirche ihren Verhandlungsauftrag überschritten haben, müssen die Ergebnisse der Untersuchungen noch erweisen. Die These, daß sich die katholische Kirche von 1945 an auf ein „Überwintern“ in der Gesellschaft eingerichtet habe und prinzipiell an dieser Kirchenpolitik festhielt bis zur Wende, dürfte ihre Berechtigung besitzen.

1.4. *Die bürgerliche Ideologie als philosophischer Idealismus*

Unter dem Oberbegriff „bürgerliche Ideologie“ faßte der Marxismus-Leninismus alle philosophischen, religiösen und weltanschaulichen Richtungen zusammen, welche die materialistische Deutung der Welt und des Menschen ausschlossen oder sich ihr nicht anschlossen. Der Begriff „Idealismus“ war damit von vornherein negativ besetzt. Andere als diese beiden Grundströmungen des Denkens kommen in diesem geistigen Horizont nicht vor. Als entscheidend wurde angesehen, ob die Welt von einem materiellen oder geistigen Prinzip hergeleitet wurde. Primat des Geistes oder Primat des „Bewußtseins“: hierin bestand die „Grundfrage der Philosophie“. Die Menschen mit religiöser Überzeugung wurden der Richtung des sogen. „objektiven Idealismus“ zugeordnet, da der philosophische Idealismus als „theoretische Begründung“ und als „theoretischer Ausdruck“ der Religion bezeichnet wurde. Diese Klassifikationen führten dazu, daß die philosophischen Lehrbücher in der DDR unter diesem Aspekt den unversöhnlichen Gegensatz zur Religion betonten. Stereotyp treffen wir auf den Vergleich vom „Kampf“ des Materialismus gegen den Idealismus und dem „Kampf“ der Wissenschaft gegen die Religion.

Den jungen Menschen sollte Geschichtsverständnis einzig mit Hilfe des Begriffspaars „Materialismus-Idealismus“ vermittelt werden. Als Grund für das Entstehen des Idealismus wurden ökonomische und soziale Verhältnisse in der jeweiligen Gesellschaft angeführt, vor allem der Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Das Aufkommen verschiedener Klassen, von Privateigentum und jeglicher Ausbeutung habe hierin die geistige Wurzel. So gelangte man zu der Formel, daß der Kampf der Weltanschauungen geradezu die Verkörperung des Klassenkampfes sei.

Dieser Theorie gemäß konnte sich ein Christ niemals völlig mit der sozialistischen Gesellschaft identifizieren, er galt andererseits in den Augen überzeugter Marxisten-Leninisten als stigmatisiert und nicht selten als potentieller Feind. Die Inhumanität des Regimes erreichte in der Art dieses Denkens einen ihrer Höhepunkte. In den Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens wurden diese Klassifizierungen wirksam und führten schmerzliche Ausgrenzungen herbei. Es war nicht möglich, das politische oder soziale System der DDR zu akzeptieren, ohne dessen Grundlagen mitzubejahen, das aber bedeutete Verrat und Verleugnung des eigenen Glaubens. Unter diesen Voraussetzungen wurde nicht nur weltanschauliche Neutralität als Parteinahme

für den Klassenfeind gedeutet, es wurde damit auch jeder Versuch zum Scheitern gebracht, irgendeine nur denkbare Art von „religiösem Sozialismus“ zu vertreten.

Die Ablehnung einer jeden Form von „religiösem Sozialismus“ geht auf Lenin zurück. Dieser schrieb schon 1913 an Gorki, christliche Sozialisten verkörperten „die schlimmste Art des Sozialismus und seine schlimmste Entstellung“. Anfang der 70er Jahre suchte Dom Helder Camara einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Dieser Bischof, dessen Haus nie verschlossen war und dessen Mitarbeiter erschossen wurden, stellte in seiner Person und mit dem Zeugnis seines Lebens eine Bedrohung für den „real existierenden Sozialismus“ dar. Camara wollte dokumentieren, daß das Christentum nicht Opium für das Volk sei und griff diese Formulierung Lenins und damit die feindselige Einstellung der Marxisten-Leninisten gegen die Kirchen an. Er forderte eine Änderung des Verhältnisses des Kommunismus zur Religion. Auch mit einem solchen, auf der Seite der Armen stehenden Bischof konnten und wollten sich die Ideologen in der DDR nicht versöhnen. Sie unterstellten ihm 1974 „alte und neue revisionistische und sozialdemokratische Sozialismusverfälschungen“; besonders getroffen fühlten sie sich offenkundig von Camaras Theorien über einen „demokratischen und pluralistischen Sozialismus“. Camara betrachte jede Ideologie als eine „einseitige Weltsicht“. In Wirklichkeit stünde Camara, da er die These des Klassenkampfes ablehne, auf der Seite der bürgerlichen Gesellschaft und Ideologie (DZ 1974, 119–122).

Hier zeigte sich, daß die Kommunisten niemals bereit waren, Christen einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft einzuräumen, selbst denen nicht, die ihre Kapitalismuskritik teilten. Der Glaube an Gott genüge als Kriterium für die notwendig erscheinende Ausgrenzung. Noch 1979 wurde jede Theorie von einem „christlichen Sozialismus“ als „offen und direkt gegen den Marxismus-Leninismus gerichtet“ interpretiert (Geschichte 132). Die maßgeblichen Philosophen waren so verblendet zu behaupten, der christliche Sozialismus „sollte religiös gebundene Bevölkerungskreise in Opposition zur revolutionären Arbeiterbewegung bringen“ (Geschichte 133). Die Verlogenheit des Systems zeigte sich darin, daß die Vertreter der Ideologie den Bürgern unablässig einredeten, es gehe für sie nicht um die Entscheidung zwischen Christentum und Marxismus – diese Alternative wurde als „destruktiv“ bezeichnet –, sondern um die „positive Lösung 'Christentum und Sozialismus'“ (Geschichte 139). Wenige Seiten darauf aber sieht derselbe Autor im Atheismus den „Wesenszug der Weltanschauung der Arbeiterklasse“; atheistische Propaganda habe ihren Platz „in der politischideologischen und theoretischen Tätigkeit der Partei“ (Geschichte 275).

Erst eine spätere Zeit wird erkennen, welche Bedeutung die bloße Existenz von Christen in einer so konzipierten Gesellschaftsform haben mußte. Konflikte und Benachteiligungen waren vorhersehbar für den, der sich der geforderten

„Parteilichkeit“ politisch und weltanschaulich widersetzte. Der Dialog zwischen Christen und Marxisten wurde bis etwa 1985 verweigert, bis dahin war sogar dieser Begriff verpönt. Dialog setzt voraus, daß man bereit ist, seine eigene Position anfragen oder in Frage stellen zu lassen. Die Vertreter der Ideologie waren nur bereit, mit einem Andersdenkenden zu sprechen, wenn dieser beabsichtigte, zum Marxismus-Leninismus zu „konvertieren“. Die katholische Kirche hat zu keinem Zeitpunkt bei den Vertretern des Systems der DDR die Bereitschaft zu echtem Dialog erkennen können.

Dabei dürfen jedoch diejenigen Marxisten nicht vergessen werden, die den persönlichen Mut aufbrachten, einen Dialog mit Christen in den Räumen der Kirche zu führen. In den letzten Jahren des Bestehens der DDR gab es Philosophen, die ein hohes Risiko eingingen, Gesprächspartner der Christen waren und auch von Repressalien nicht verschont blieben; doch bildeten diese Persönlichkeiten Ausnahmeerscheinungen. Dialogveranstaltungen dieser Art änderten nichts an den prinzipiellen Aspekten der Doktrin des Leninismus, wie sie in Schul- und Lehrbüchern zum Ausdruck kam.

1.5. *Die Kritik der Kirche gegen die Ausgrenzung der Christen*

Die katholische Kirche hatte sich als eine in allen Ländern präsen- te Kirche nach leidvollen Erfahrungen eigenen Versagens und auf einem mühsamen Weg zu den Erklärungen des II. Vatikanischen Konzils „durchgerungen“ und sich endlich eindeutig auf die Seite derer gestellt, die Freiheit von jeder Art Zwang forderten, wenn es um religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen geht. In der Erklärung über die Religionsfreiheit begründet sie das Recht auf die eigene Gewissensentscheidung mit der Würde der menschlichen Person. In der Theologie dieser Kirche hatte zwei Jahrtausende hindurch Platon hohe Wertschätzung gefunden, der die Auffassung vertrat, daß der Mensch nur im Dialog von Vertretern gegensätzlicher Auffassungen zur gemeinsamen Wahrheitsfindung gelangen könne. Ihr großer Kirchenlehrer Thomas v. Aquin ließ in seinen Werken stets zuerst den Andersdenkenden zu Wort kommen. Sie erlebte nun im Marxismus-Leninismus den Anspruch auf ein nicht hinterfragbares geistiges Monopol.

Die Kirche in der DDR wußte, daß sie versuchen mußte, in ihrer Glaubensverkündigung ein Kontrastbild gegenüber der Weltanschauung des Kommunismus abzugeben. So mußte sie als Institution darauf bedacht sein, kritische Einstellungen nicht als Feindseligkeit auszulegen, geistige Unterwerfung als Inhumanität zu entlarven, jede Art von Heuchelei und Bewußtseinsspaltung zu bekämpfen und einen Ort der Offenheit und des Vertrauens zu bieten, an dem das Gesicht mehr galt als die Karteikarte und Charakter mehr als eine von dieser Gesellschaft anerkannte Leistung. Hiermit waren wesentliche Orientierungen für die pastorale Arbeit gesetzt. Die Realität blieb zwar oft

hinter dem Ideal zurück, doch sollte nicht vergessen werden, daß beide Kirchen für zahlreiche Menschen in dieser Zeit eine geistige „Heimat“ gewesen sind.

Die Ausgrenzung der Christen aus der Gesellschaft wurde von den katholischen Bischöfen von Anfang an erkannt. In ihrem ersten gemeinsamen Hirtenwort erklärten die Oberhirten von Meißen, Görlitz, Magdeburg, Erfurt und Schwerin am 29.7.1950, die Kirche wolle „nicht durch Mittel und Einrichtungen politischer Art“ für den Frieden wirken, sie müsse „es vielmehr auf ihre eigene Weise tun“. Wer als Vertreter der Kirche und als Christ die Unterschrift unter politische Erklärungen und die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen verweigere, werde als „Friedensgegner, als Kriegsfreund hingestellt“ und öffentlich angegriffen; dies sei „unwahr und beleidigend“ (Dok 47).

Beeindruckend ist noch heute, mit welcher Entschiedenheit und mit welchem Mut die Oberhirten in der DDR am 11.1.1953 die Erziehung in einer atheistischen Weltanschauung als Menschenrechtsverletzung entlarvt haben: „Mit tiefem Schmerz stellen wir fest: unsere Schule ist religionslos... Wir haben nur religionslose Schulen... In diesen religionslosen Schulen wird der Materialismus gelehrt: vom materialistischen Geist sind die Lehr- und Lernbücher getragen und durchtränkt. Der Materialismus aber leugnet Gott, leugnet Christus... und rühmt sich dieser Leugnung, preist sie als wissenschaftliches Ergebnis. ...Glaube niemand, wir seien gesonnen, uns mit diesem Zustand abzufinden! Wir fordern unser Recht und werden darum darauf bestehen“ (Dok 58). Wie gespannt fünf Monate vor dem Juni-Aufstand bereits die Atmosphäre in der Bevölkerung gewesen ist, lassen die Bischöfe in ihrem Schreiben deutlich erkennen: „Vieles müssen wir ertragen, weil die Macht gegen uns ist. Oft müssen wir lange warten, weil wir nicht Gewalt gegen Gewalt setzen. Aber unerschüttert bleibt unsere Zuversicht: Gott und Religion werden wieder in unsere Schulen einziehen“ (Dok 58). Und an die Eltern gerichtet: Fragt die Kinder, „welche Lehren und Behauptungen ihnen vorgetragen werden, für welche Ideen man sie gewinnen will... Keine Angriffe gegen Personen! Nicht um Personen geht es, sondern um die Wahrheit“; die Kinder sollen „sich selber innerlich treu bleiben... auch wenn äußere Umstände sie zum schweigenden Anhören anderer Lehren zwingen“ (Dok 58 f).

Daß die Ideologie über Jahrzehnte hindurch unerschütterlich blieb, unterstreichen die bewegenden Worte von Kardinal Meisner vor 100.000 katholischen Christen am 12.7.1987 in Dresden: Kirche lebt dort, „wo ihr arbeitet, wo ihr zur Schule geht, wo ihr die Freizeit verbringt und wohnt...; die Christen in unserem Land möchten ihre Begabungen und Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen, ohne dabei einem anderen Stern folgen zu sollen als dem von Bethlehem... wir Christen wollen keine Privilegien, sondern nur die Möglichkeit für unseren christlichen Weltdienst“ (Dok 333).

Der Erfurter Bischof Dr. Wanke sagte in einem Interview, befragt als Stellvertretender Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz am 12.9.1989 nach den Gründen der großen Ausreisewelle: Es gebe Gründe, „die mit der gesellschaftlichen Situation hierzulande zusammenhängen: wenn Menschen enttäuscht, verbittert und resigniert sind aufgrund ihrer Erfahrungen im Alltag“. Wenn man den Menschen zuhört, frage man sich: „Muß das eigentlich so sein? Muß es so sein, daß sich einer in Weltanschauungsfragen zu Äußerungen gedrängt sieht, die nicht mit seiner eigenen inneren Überzeugung übereinstimmen? ... Ich glaube nicht, daß es Gottes Wille ist, dieses Land nur den Menschen zu überlassen, die Gott nicht kennen“ (Dok 363 f). Auf die Fragen, was müßte sich in der DDR ändern, damit sich Christen in diese Gesellschaft einbringen könnten, forderte der Bischof u. a. die Anerkennung des grundlegenden Erziehungsrechtes durch die Schule; die Befreiung von „verpflichtenden ideologischen Vorgaben im Bildungs- und Erziehungsprogramm“, da „nicht der Staat der Ersterzieher unserer Kinder (sei), sondern die Eltern“; freie Gewissensentscheidungen im Wehrbereich ohne Diskriminierung in Bildung und Beruf; berufliches Fortkommen nicht auf Grund der Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen, sondern auf Grund der individuellen Befähigung; Aufhebung des Verbots, Kindergärten zu eröffnen (Dok 366).

Es dürfte erkennbar geworden sein, welche Bedeutung die weltanschauliche Struktur des Staates „DDR“ besaß. Der „reale Sozialismus“ ist nicht nur als politisches und wirtschaftliches System zusammengebrochen, sondern ist nicht zuletzt an seiner geistigen Enge und Kümmerlichkeit erstickt. Die weltanschaulichen Prämissen des Systems ließen eine Integration derer, die ein vom Marxismus-Leninismus abweichendes Denken zu erkennen gaben, nie völlig gelingen. Die Christen, die freimütig ihren Glauben bekannten, wurden schon durch die Konzeption der Ideologie am Rand der Gesellschaft angesiedelt. Wir werden über die Kirchenpolitik der Berliner Bischofskonferenz jetzt noch keine abschließenden Urteile fällen können. Den Bischöfen kommt aber das Verdienst zu, die geistige Situation in der Gesellschaft unter dem Aspekt der Weltanschauung vom Anfang des Bestehens der DDR bis zu ihrem Ende in aller Schärfe erfaßt und dargestellt zu haben. Man hat ihnen den Vorwurf gemacht, sie hätten so gut wie ausschließlich für ihre Gläubigen gesprochen und nicht für die ganze Bevölkerung. Doch dürfen wir nicht vergessen, daß jede Kritik am Marxismus-Leninismus, vor allem an seinem Bildungs- und Erziehungssystem, diesen „Weltanschauungsstaat DDR“ im Innersten traf. Formal sprachen die Bischöfe gewiß für ihre Gläubigen, tatsächlich forderten sie damit Rechte ein, die in der Charta der Vereinten Nationen grundgelegt und damit Rechte von Christen wie Nichtchristen sind.

2. *Religionskritik – militanter Atheismus*

Die Frage, warum der „reale Sozialismus“ nicht fähig war, sich vom Panzer seiner Ideologie zu befreien, kann nur beantworten, wer die These von der „Einheit der Weltanschauung“ kennt. Sie ist deshalb so bedeutungsvoll, weil sie jedes echte Zusammenwirken oder Bündnis zwischen Christen und Marxisten nicht nur in Europa, sondern auch in Südamerika und in afrikanischen Ländern zum Scheitern gebracht hat.

2.1. *Zur „Einheit des Marxismus-Leninismus“*

Die Vorstellung, daß der Marxismus aus „drei Bestandteilen“ erwachse, geht auf Lenin zurück. Er schrieb 1913, die Philosophie des Marxismus sei der Materialismus, der als einzige Philosophie „der Naturwissenschaft treu“ bleibe und dem „Aberglauben, der Frömmerei usw. feind“ sei. Wer die verschiedenen Formen des philosophischen Idealismus in Schutz nehme, sei „Feind der Demokratie“; deren Versuche, den Materialismus „zu widerlegen und zu diffamieren“, liefen stets auf „eine Verteidigung oder Unterstützung der Religion“ hinaus. Der erste Bestandteil der Ideologie umfaßte somit den dialektischen und historischen Materialismus. Der zweite Bereich sollte die „ökonomische Struktur“ behandeln; er trug den Oberbegriff „politische Ökonomie“. Der dritte Bestandteil sollte die „politischen Einrichtungen“ zum Gegenstand haben und erhielt später den Titel „wissenschaftlicher Sozialismus und Kommunismus“. Wir dürfen nicht vergessen, daß jeder „Bestandteil“ des Marxismus-Leninismus und auch dessen Einzelgebiete zu einer Disziplin in der Ausbildung und zur Fakultät im Hochschulwesen entwickelt worden sind.

Bereits das Konzept Lenins enthält eine Weichenstellung, die für die Menschen, die dieser Ideologie ausgeliefert waren, von verhängnisvoller Bedeutung gewesen ist: die Gesamtkonstruktion der Weltanschauung ist nicht nur a-religiöser Natur, sondern seinem Wesen nach antireligiös. Zugleich nahm diese Philosophie in Anspruch, wissenschaftlichen Charakter zu besitzen wie jede Naturwissenschaft. Religion wurde somit mit „Unwissenschaftlichkeit“ gleichgesetzt, die Ideologie als „wissenschaftliche Weltanschauung“ bezeichnet. Darüber hinaus scheute man nicht davor zurück, den auf Marx, Engels und Lenin gegründeten Atheismus als „wissenschaftlichen Atheismus“ auszugeben. Es entstanden Lehrstühle für „Wissenschaftlichen Atheismus“ und „Institute für Wissenschaftlichen Atheismus“ an den Akademien für Gesellschaftswissenschaften bei den Zentralkomitees der jeweiligen kommunistischen Partei, so in Moskau, in Berlin, in Bratislava und anderswo. In der DDR existierte der Lehrstuhl für Atheismus in Jena nur vorübergehend

während der ersten Hälfte der 60er Jahre, während das Atheismusinstitut in Berlin bis zur Wende bestand.

2.2. Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“?

Die Hoffnung, diese „real existierende“ Form des Sozialismus sei reformierbar, erstarb für viele im August 1968 in Prag und begann 1985 mit dem „neuen Denken“ Gorbatschows neu zu keimen. Ein Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“ bedeutete, daß der Monopolanspruch der Weltanschauung aufgegeben und ein geistiger Pluralismus hätte zugelassen werden müssen. Dieser Prozeß aber wäre gleichbedeutend gewesen mit einer Entideologisierung des Gesellschaftssystems. In kirchlichen Kreisen wurde mitunter diese Hoffnung artikuliert, so etwa im Aktionskreis Halle und in katholischen Studentengemeinden. Das ist verständlich, denn eine andere Erwartung auf Änderung ihrer Verhältnisse besaßen die Menschen nicht. Doch blieb diese Hoffnung klein, da jede Sprengung oder Trennung der „drei Bestandteile“ des Marxismus-Leninismus zu Spaltungen, Feindschaften und größten politischen Krisen geführt hätte; so war z. B. die lange Gegnerschaft zwischen der UdSSR und der VR China durch ideologische Meinungsverschiedenheiten ausgelöst worden, denn China glaubte, die Phase des Sozialismus überspringen zu können. Es war nie gelungen, den Moskau-hörigen Marxisten ein Zugeständnis abzurufen. Die Geschlossenheit des weltanschaulichen Systems durfte auch aus echten wissenschaftlichen Motiven heraus niemals angetastet werden. Versuche dieser Art wurden mit Begriffen wie „Diversion“, „Antikommunismus“, Versuch der „ideologischen Zersetzung“ versehen.

So war das von den Staatsbürgerkundelehrern, den Propagandisten, Polit-Offizieren und den Professoren für die verschiedenen Disziplinen in der Sektion Marxismus-Leninismus errichtete geistige Umfeld beschaffen, in welchem sich nicht zuletzt Christen behaupten mußten. Der Christ konnte nicht sagen, ich akzeptiere die politische Ökonomie, den historischen Materialismus und den Fachbereich „Wissenschaftlicher Kommunismus“, lehne aber aus Glaubensgründen den dialektischen Materialismus ab. Damit war ihm im Normalfall das Studium in den meisten Geisteswissenschaften und die Position eines Schuldirektors, eines Chefarztes oder eines Betriebsleiters verwehrt. Vielleicht ist es aus diesen Gründen niemandem so schwer gefallen wie den Christen, sich ganz als DDR-Bürger zu fühlen. Diskussionen über die Gestaltung des Lebens in dieser Gesellschaft – sie fingen beim Elternaktiv in der Schule an – erstickten bereits im Anfang; die geistigen Grenzpfähle waren unüberwindbar.

2.3. *Die Diskussion über den Sozialismus*

Um die Christen für den Sozialismus Ulbrichts oder Honeckers zu gewinnen, benutzte die SED nicht zuletzt die CDU in der DDR. Über 40 Jahre hinweg wurde von ihr die These vertreten, jeder Christ könne nicht nur, sondern müsse den Sozialismus bejahen. Um die katholischen Christen zu beeinflussen, wurde aber außerdem 1961 die Monatszeitschrift „Begegnung. Zeitschrift für Katholiken in Kirche und Gegenwart“ gegründet; sie erschien auch noch nach der Wende. In Heft 1, S. 1 ist vom Bekenntnis der katholischen Christen zu der „irdischen Lebensordnung“, der DDR, die Rede, dann wird gesagt: „Insofern ist die Entscheidung für die sozialistische Ordnung des Friedens und sozialen Fortschritts gleichzeitig eine Bewährung in der Nachfolge Christi.“ Dieses Zitat ist Ausdruck des Zieles, welchem diese Publikation – neben manchen anderen aus der CDU – bedingungslos unterworfen war. Diese „Zeitschrift für Katholiken“ wurde von der SED gänzlich instrumentalisiert; Hilfe gegenüber den Vertretern des Staates konnte der Christ im Alltag von ihr nicht erwarten. In ihr wurden gerechtfertigt die Mitgliedschaft in der Pionierorganisation wie in der FDJ, die Jugendweihe, die vormilitärische Ausbildung und die gesamte Pädagogik. Grenzen der Unterwerfung schien es nicht zu geben. Ein Dr. R.Krause schrieb darin 1981 (Heft 8, S. 7): „So vereinigt kommunistische Erziehung in sich alle fortschrittlichen Erziehungsideale der Vergangenheit. In ihr kommt das Streben nach Vervollkommen und Veredlung des Menschen zum Ausdruck.“ Ein E.Brock äußerte 1987 das Bedauern darüber, „daß es seitens der Kirche noch immer Vorbehalte gegenüber jenen praktizierenden und ihren Glauben bekennenden Katholiken gibt, die sich bewußt in die Dienste der gesellschaftlichen und politischen Alltagsarbeit stellen, sei es im Rahmen einer Partei, der FDJ, der Nationalen Front oder anderer Institutionen und Einrichtungen“ (Heft 12, S. 17).

An diesen Beispielen wird deutlich, daß sich der weltanschauliche Konflikt zwischen Staat und katholischer Kirche durch die gesamte Geschichte der DDR hindurchzieht, daß er nicht abgebaut werden konnte und daß die Kirche ihre Vorbehalte gegenüber der Mitwirkung des Christen am Aufbau dieser Gesellschaft unvermindert beibehielt, es stets auch um Glaubensfragen ging. Hier werden sich die Urteile der Historiker scheiden, ob man nun die Standfestigkeit, Unbeugsamkeit und Prinzipientreue der katholischen Kirche loben oder ihre Unbeweglichkeit, übergroße Vorsicht und die Beibehaltung ihrer Überwinterungsstrategie bis zum 12. Juli 1987 kritisieren soll.

Entscheidend für die katholische Kirche war die theoretische Begründung, wie sie von den Vertretern des Marxismus – bezogen auf die Errichtung und die Ziele der Gesellschaft – gegeben wurde. Oft wird übersehen, daß es letztlich in der Ideologie keine Trennung zwischen Sozialismus und Kommunismus gab. Mit jedem dieser Begriffe aber waren entscheidende weltanschauliche

Implikationen verbunden, die im Alltag oft kaum Beachtung fanden. Bis 1961 sollten die sozialistische Umgestaltung und der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus erfolgt sein. Von 1961 bis 1975 sollten in drei Etappen der „Aufbau des Sozialismus“, „die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft“ und die „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ abgeschlossen sein. Der IX. Parteitag im Mai 1976 sollte die Weichen stellen „für den allmählichen Übergang zum Kommunismus“. Sozialismus wurde stets als „die erste und niedrigere Phase des Kommunismus definiert“. Hierbei handelte es sich nicht um abstrakte, realitätsferne Differenzierungen; der einzelne spürte im Alltag, in welcher Richtung sich die Gesellschaft bewegte oder bewegt werden sollte. Jedem Abschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung entsprachen bestimmte Kriterien, welche die Veränderungen auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet kennzeichnen sollten. Hierzu gehörten besonders Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen: Enteignung von Bauern, Handwerkern, Abschaffung der privaten Ärzte, Überführung von Kleinbetrieben in Produktionsgenossenschaften u.ä. Kriterien waren auch die ständig vorangetriebene Integration der Länder des Ostblocks, die diplomatische Anerkennung der DDR und ihr Eintritt in die UNO. Besondere Aufmerksamkeit verdiente die Definition des sich jeweils vollziehenden Gesellschaftsprozesses auf geistigem und kulturellem Gebiet.

Zu den Grundaussagen der Ideologie gehörte seit Marx die These, daß im Kommunismus die Religion aussterben werde. Daß dieser Zustand nicht abgewartet, sondern aktiv befördert werden sollte, wurde mitunter in brutaler Deutlichkeit ausgesprochen: „Die kommunistische Gesellschaft befreit die Menschen ein für allemal von der religiösen Weltanschauung“ (Grundlagen, 466). Konkret wußte der Christ, daß mit der Annäherung der sozialistischen Gesellschaft an den Kommunismus der Spielraum für Religion und Kirche immer mehr eingeengt würde. Für die katholische Kirche ergab sich daraus die Folgerung, daß mit der Entwicklung des Sozialismus und der Annäherung an den Kommunismus der atheistische Charakter der Gesellschaft zunehmen würde. Dieser Form des in der DDR etablierten Sozialismus gehörte daher der Atheismus seinem Wesen nach an.

Theoretiker des Marxismus-Leninismus in Berlin und in Warnemünde fertigten wiederholt Untersuchungen an über den Mitgliederschwund der Kirchen und sahen darin eine Bestätigung des Axioms vom Aussterben der Religion. Diesem „Rest“ von Christen gegenüber konnte sich die Regierung der DDR während der letzten Jahre großzügiger erweisen und Genehmigungen für Kirchenbauten, Anerkennung von Examina in der kirchlichen Ausbildung von Krankenschwestern u.ä. erteilen; mit solcher Art „Gnadenerweisen“ waren materielle Vorteile, außenpolitische Reputation und zur Schau getragene Überlegenheit verbunden; ihre grundlegende Position, hergeleitet von Lenin, haben die Machthaber bis zum Ende nicht revidiert.

2.4. „Religion muß sterben“

Es wird zu den bleibenden Rätseln der Geschichte gehören, warum Marx, Engels, Lenin und Stalin die Religion mit einem unvergleichbaren Haß bedacht und religiöse Menschen damit der Verfolgung und dem Tod überantwortet haben. War Marx von Machtwillen und Selbstvergottung beherrscht? (G. Czesny) Wurde der Haß Lenins verursacht durch die Hinrichtung seines Bruders, der sich 1887 am Versuch eines Attentates an Zar Alexander III. beteiligte? War Stalin nicht Zögling eines Priesterseminars gewesen?

Bis etwa 1985 übten die Ideologen keinerlei Zurückhaltung, wenn es darum ging, Religion ausschließlich negativ zu definieren. Fast vier Jahrzehnte lang finden wir in den Lehrbüchern stereotyp wiederkehrende Formulierungen: Religion sei die „konservativste ideologische Form, die es gibt; sie sei phantastische Widerspiegelung der Wirklichkeit“; „religiöses Bewußtsein ist verkehrtes Bewußtsein“. Für Religion in der angestrebten Gesellschaftsform sei kein Platz. „Religion war und bleibt Opium für das Volk; ein Mittel geistiger Unterjochung der Werktätigen“ (Grundlagen 466). Auch die Ausfälle Lenins gegen die Religion werden in immer neuen Auflagen gedruckt. Jede religiöse Idee bezeichnete er als „die gefährlichste Abscheulichkeit, die widerlichste Seuche“. Oder: „Jeder Mensch, der sich mit der Erschaffung eines Gottes beschäftigt oder eine solche Erschaffung auch nur duldet, bespeit sich selbst auf die übelste Weise“ (Brief an Gorki vom 13./14.11.1913). In der Schrift „Sozialismus und Religion“ (1905) heißt es: „Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschliches Leben ersäufen.“ Lenin behauptet: „Die Gottesidee hat die 'sozialen Gefühle' stets eingeschläfert und abgestumpft“ (Brief an Gorki, zweite Novemberhälfte 1913).

Wie wurden diejenigen Menschen beschrieben, die im Sozialismus noch religiös geblieben waren? Es sind solche, die noch die jahrhundertealten Traditionen pflegen, insbesondere die Riten; Menschen, die mit rückständigen Produktionsformen verbunden sind; schließlich die, welche eine geringfügige Rolle in der Gesellschaft spielen (Grundlagen 466). Die Religion könne auch nie „als gesellschaftliche Kraft ... in Erscheinung treten“; sie habe keine Zukunft (Grundlagen 465).

Besonders verletzt fühlten sich die Christen in der DDR, wenn sie auf eine Stufe mit asozialen und kriminellen Menschen gestellt wurden. In der Propagandaschrift „Was ist Kommunismus?“ (Berlin 1974) stehen Sätze wie diese: „Atheist zu sein bedeutet. . . ein Mensch zu sein, der leidenschaftlich und unversöhnlich gegen alle Formen der Religion kämpft und unerschütterlich die wissenschaftliche, materialistische Erklärung der Natur und des gesellschaftlichen Lebens vertritt. . . Der Kommunismus befreit die Menschen von der religiösen Betäubung“ (Teil II, S. 165). „Die Religion verbreitet die Ideologie

sklavischen Gehorsams und verkrüppelt den Willen und das Bewußtsein der Gläubigen“ (S. 167). „Religiöses Bewußtsein und religiöse Moral unterstützen Kulturlosigkeit und Unwissenheit, Heuchelei und Scheinheiligkeit“; religiöse Feiertage seien „mit Saufereien, Schlägereien und Verletzungen der Arbeitsdisziplin verbunden“ (S. 168). Es gab mutige Pfarrer, die diese Sätze ihren Gläubigen in der Predigt zur Kenntnis gaben und die Methoden der atheistischen Propaganda anprangerten.

Diese Versuche, den Atheismus zu verbreiten, spiegeln sich in einer Fülle von antireligiöser Literatur wider. Später, aber noch vor der Wende, gab es marxistische Philosophen, die sich in Veranstaltungen der Kirche öffentlich von ihren früher verbreiteten Thesen und Publikationen distanzierten; doch ist bis heute ihre Zahl äußerst gering geblieben.

In den letzten fünf Jahren des Bestehens der DDR gab es Versuche, Religion, Christentum und Kirchen sachgerechter und dialogbereit aus marxistischer Sicht zu beschreiben. Die Vorgänge in der Sowjetunion und die sich zuspitzende Krise in der DDR wird sie dazu ermutigt haben. Leider übten diese ungewohnten Interpretationen keinen Einfluß aus auf das Ministerium, dem Margot Honecker vorstand. Die Erarbeitung neuer Schulbücher nahm auf Entwicklungen in der Philosophie des eigenen Landes keine Rücksicht, ein großer Pädagogenkongreß ignorierte jedes neue Denken; die Arroganz der Macht nahm nicht wahr, daß das Volk das Ende des Regimes wollte.

Wie hätte sich die katholische Kirche angesichts dieser Situation, welche die Christen an der Basis am stärksten erleiden mußten, seitens ihrer Repräsentanten verhalten sollen? Verstanden die Menschen nicht sehr deutlich, daß die Bischöfe in ihren Hirtenschreiben Menschenrechte einforderten? Was wäre den christlichen Bürgern im Alltag geschehen, hätten die Bischöfe über die weltanschauliche Konfrontation hinaus auch die politische gesucht? In den zahlreichen Stellungnahmen der Bischöfe gegen die Jugendweihe wird sichtbar, daß die katholische Kirche sich nicht nur gegen die Bedrängung der christlichen Schüler zur Wehr setzte, sondern das gesamte weltanschaulich konzipierte Erziehungssystem ablehnte. (Vgl. die zahlreichen Hirtenworte zu diesem Thema, die pastoralen Anweisungen und die Eingaben an die Regierung in Dok.) Andererseits wußten die Bischöfe sehr wohl, daß „zur christlichen Erziehung die Hinführung zu verantwortungsbewußter Mitarbeit in der Gesellschaft“ gehört. Hier war eines der Grundprobleme der Christen in der DDR berührt. Die Christen suchten ihre Begabungen zum Wohl des *bonum commune* einzubringen, doch man wollte sie nicht. Die Ideologen sahen in ihnen eine potentiell stets anwesende Kraft des Umsturzes, falls sie sich nicht ganz, also auch in ihrer Gesinnung, diesem System anpaßten. Die Christen aber fragten sich immer wieder: Wie weit können wir gehen? Wo liegen die Grenzen, die unser Glaube setzt? Im Jahre 1974 haben die Bischöfe erstmals

und einmalig diese Frage ganz konkret zu beantworten versucht. Sie erklären, der Christ könne nicht mitarbeiten:

- „– in Stellungen und Tätigkeiten, in denen er zum Kirchenaustritt genötigt wird,
- wo Konsequenzen entstehen, die ihn vom Leben der Kirche und der Gemeinde trennen,
 - wo er Auffassungen vertreten muß, die gegen den Glauben und gegen sein Gewissen sind,
 - wo eine Tätigkeit verlangt wird, die gegen die Nächstenliebe verstößt und zum Haß gegen andere Menschen führt.

Die Beachtung dieser Grenzen ist nicht leicht.“ (Dok 261)

Gegen diese Positionen eines Christen in der Gesellschaft hätte kein vernünftig denkender Politiker Einwände erheben können und dürfen. Sie wurden aber nie toleriert oder gar akzeptiert. Wieviele Begabungen dadurch der Gesellschaft verloren gingen, wird kaum jemand ermessen können. Andererseits wird in dieser Stellungnahme der Bischöfe ganz deutlich, daß sie die Grenzen für eine Mitarbeit in der Gesellschaft so weit wie nur möglich setzten und die freie Gewissensentscheidung des einzelnen achteten.

2.5. „Das Christentum muß leben“

Historische Untersuchungen werden erweisen, daß sich Partei und Regierung besonders getroffen fühlten, wenn die Bischöfe das Recht auf christliche Erziehung einforderten. Besondere Empörung muß – so zeigten es damals die Reaktionen der Staatsvertreter bei Verhandlungen mit der Kirche – in der Partei nach der Verlesung des Hirtenwortes „Zur christlichen Erziehung“ vom 17.11.1974 geherrscht haben; führende Ideologen sollen besonders diese Stellungnahme der Kirche als Provokation bezeichnet und Maßnahmen gegen die kirchliche Jugendarbeit gefordert haben. Das Hirtenwort ist die Reaktion der Bischöfe gegen die Verabschiedung des 3. Jugendgesetzes der DDR am 28.1.1974. (Vgl. auch die Stellungnahme vom 18.10.1973 in Dok 254–256.)

Die Bischöfe sprechen hier nicht nur, um Christen, sondern um „die heranwachsende Generation vor Schaden zu bewahren“. Sie treten für „Glaubens- und Gewissensfreiheit“, für das „Recht auf Bildung“, damit also für Menschenrechte überhaupt ein. Nur auf Grund einer „ganzheitlichen Erziehung“ könnten junge Menschen „in wahrer Freiheit“ heranwachsen; damit würde sich auch „ein tiefes Verantwortungsbewußtsein“ herausbilden. Ein „rein materialistisches Menschenverständnis“ werde „dem ganzen Menschen nicht gerecht“. Die Bischöfe heben hervor, daß die Eltern das „erste Recht und ... die überaus schwere Verpflichtung zur Erziehung ihrer Kinder“ haben und fügen hinzu: „Auch der Staat darf kein Erziehungsmonopol beanspru-

chen“ (Dok 257). Ausführlich zitieren sie im folgenden den Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, zu denen sich auch die DDR bekannte (Dok 258). Sie werfen sodann dem Staat vor, die Beanspruchung dieses Monopols habe eine Gefährdung der ganzheitlichen Erziehung zur Folge; der Erziehung werde ein „einseitiges Menschenbild zugrunde gelegt“. Dann heißt es: „Denn in den Erziehungs- und Lehrplänen – vom Kindergarten bis zur Universität – ist ausschließlich die Weltanschauung des dialektischen Materialismus die Grundlage. Das gesamte Leben soll von dieser Ideologie her geprägt werden. Weltanschauliche Neutralität wird abgelehnt. Entsprechend wird einzig die sozialistische Moral als richtig hingestellt, zu der die Erziehung zum Haß gehört“ (Dok 259). Die Bischöfe wehren sich gegen die massive atheistische Propaganda: „Der christliche Glaube wird als Aberglaube oder als bürgerliche Ideologie verunglimpft, als eine verderbliche Lebensform, die mit Opiumsucht und Alkoholmißbrauch in einem Atem genannt wird... Da dialektischer Materialismus und Gottesglaube unvereinbar sind, soll auf diese Weise die Religion als überlebte Haltung erscheinen, die gesetzmäßig verschwinden muß. Wenn sie nicht von selbst abstirbt, soll mit den Mitteln der Propaganda und auch des Gewissensdruckes nachgeholfen werden, damit der Prozeß beschleunigt wird.“ (Dok 259) Der Hirtenbrief verweist danach auf das Jugendgesetz, worin ausschließlich „von sozialistischer Jugend und sozialistischer Persönlichkeit“ als Erziehungszielen gesprochen werde und auf den Druck, der bei der Meldung zur Jugendweihe ausgeübt werde, „so daß praktisch für eine freie Entscheidung oftmals kein Raum mehr bleibt“; sie fügen hinzu: „Viele Christen geraten durch diese und viele andere Bedrängnisse dauernd in schwere Gewissenskonflikte. Sie fühlen sich als Bürger zweiter Klasse behandelt.“ (ebd.)

Dieser Hirtenbrief wurde unter der Federführung des Erfurter Bischofs Hugo Aufderbeck geschrieben, der sich von zwei Professoren des Erfurter Theologischen Studiums beraten ließ. War hier die Kirche nicht an die Grenze des Widerstandes gekommen? Welche Partei, welche Institution, welche Gruppe hat damals – in West und Ost – dem Staat einen solchen Spiegel vorgehalten?

Die Bedeutung dieses Hirtenwortes kann heute nur ermessen, wer sich an die politischen Veränderungen erinnert, welche sich in Europa und in Deutschland ergeben hatten. Konfrontationen zwischen Ost und West wurden mit allen Mitteln vermieden. Die DDR stand auf dem Gipfel ihrer Diplomatie. Am 21.12.1972 war der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichnet worden. Im September 1973 wurden beide Staaten in die UNO aufgenommen. Am 2. Mai 1974 öffneten die „Ständigen Vertretungen“ in Bonn und Ostberlin ihre Tore. Der KSZE-Prozeß sollte am 1.8.1975 zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden. In einer Periode, in welcher die Politiker auf Entspannung und Harmonie bedacht waren, scheute die

katholische Kirche nicht die Konfrontation, indem sie – so scharf wie damals niemand – den inhumanen Charakter des Systems bloßstellte.

Der politische Kurs der DDR folgte geradezu blind dem weltanschaulichen Prinzip, daß Zeiten der Koexistenz zwischen Staaten begleitet sein müßten von einer Verschärfung des ideologischen Kampfes. Die Folgen bekamen zuerst die eigenen Bürger zu spüren, nicht zuletzt die Christen. Die Kirchen mußten erleben, daß die antireligiöse Erziehung Früchte trug; in dem Jahrzehnt von etwa 1965 bis 1975 vollzog sich der große Exodus von Bürgern der DDR aus den Kirchen. Die Bischöfe wußten, daß die Entchristlichung ihre Wurzeln zuerst im Bildungs- und Erziehungssystem der DDR hatte. Sie suchten Zuflucht bei dem letzten Mittel, welches außer den Kirchen niemand in der DDR besaß: das war die Öffentlichkeit. Dieses Land sollte nicht nur den Kommunisten überlassen bleiben. Um dem entgegenzuwirken, mußten Religion und Christentum am Leben erhalten werden.

3. *Sozialistisches oder christliches Menschenbild*

Das Menschenbild steht im Zentrum einer jeden Religion, Philosophie oder Weltanschauung. Es liegt jeder Gestaltung der Gesellschaft zugrunde. Auf ihm beruhen die im Staat geltenden Rechte und Pflichten von Bürgern wie Institutionen, aber auch das Wertesystem, zu dem sich alle Bürger in einer Verfassung bekennen.

3.1. *Persönlichkeit statt Person*

Die Hoffnung, der „real existierende Sozialismus in der DDR“ sei reform- und verbesserungsfähig, konnte nur hegen, wer den innersten Kern dieser Weltanschauung, das Menschenbild, ignorierte. Während politisch der Staat DDR in die Völkergemeinschaft aufgenommen wurde und alle Anstrengungen unternahm, von außen gesehen den Forderungen des „Korbes 3“ von Helsinki zu entsprechen, vollzog sich in der Ideologie eine Entwicklung, die nicht nur den christlich-abendländischen Traditionen, sondern denen jeder Form von Humanismus entgegenlief. Sie fand ihren Höhepunkt in der Definition des Menschen als „kommunistischer Persönlichkeit“.

Am Beginn dieses Prozesses stand die klare Absage des Marxismus-Leninismus an eine fast zweitausendjährige Tradition der Philosophie unseres Kulturkreises, die den Menschen als „Person“ definierte. Weil das Verständnis des Menschen als Person letztlich durch das Christentum entfaltet wurde, wollte man sich von diesem Begriff lossagen. In einem der wichtigsten philosophischen Lehrbücher in der DDR heißt es: „Mit dem Aufkommen des Christentums wurde der Begriff „persona“ mit dem Begriff „Gott“ verbunden“;

das „Individuum wurde von... der Gesellschaft losgelöst betrachtet und ein abstraktes selbständiges inneres Wesen des Menschen eingeführt, das später als die allgemeine Vernunftnatur, das Vernunftwesen des Menschen bezeichnet wurde.“ Dieses Verständnis des Menschen als Person sei „wissenschaftlich nicht haltbar und politisch reaktionär.“ (Wö 920 a und b)

Die Anweisung, „die Arbeiterklasse zum sozialistischen Bewußtsein zu erziehen“, wird zum ersten Mal vom ZK der SED im Oktober 1951 (7. Tagung) ausgesprochen (Abriß 269). Im Juli 1952 faßte das Politbüro einen Beschluß „über die Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen“; die Schulen sollten demnach „allseitig entwickelte Persönlichkeiten heranbilden“ (Abriß 309 f). In einem Beschluß vom März 1958 betonte das ZK der SED erstmals in dieser Form „den wissenschaftlich-atheistischen Charakter der marxistisch-leninistischen Weltanschauung“ (Abriß 370). Im selben Monat beschloß das Politbüro die Verstärkung der „populärwissenschaftlich-atheistischen Propaganda“ durch die Urania und forderte Parteiorganisationen auf, „alle Schüler für die sozialistische Jugendweihe zu gewinnen“ (Abriß 371). Eine Schulkonferenz im April 1958 beschloß, „die sozialistische Erziehung der Jugend bedeutend zu erhöhen“ (Abriß 373).

Der Begriff „sozialistische Persönlichkeit“ findet sich erstmals in einem Beschluß des ZK der SED vom Januar 1959 (seit April 1955 war Kurt Hager Sekretär): „Wie die gesellschaftliche Praxis bewies, formte die Bewegung 'Sozialistisch arbeiten, lernen und leben' sozialistische Persönlichkeiten“. Es ist nicht zu übersehen, daß der ideologische Druck nach den Ereignissen im Jahre 1956 in Polen und Ungarn kontinuierlich verstärkt und mit dem genannten Begriff das Ziel für die gesamte Pädagogik auf zwei Jahrzehnte hin festgelegt wurde. Er wird von nun an in Dokumenten, Beschlüssen, Lehrbüchern der Pädagogik, im Familiengesetzbuch, im Jugendgesetz, im Statut der FDJ, in der Elternbeiratsverordnung und anderswo als Schlüsselbegriff für den gesamten Bereich der Bildung benutzt.

Handelte es sich dabei nur um eine Worthülse oder eine nicht ernstgemeinte Floskel? Schon Marx und Engels betrachteten den Menschen primär als ein gesellschaftliches Wesen, dessen Entfaltung determiniert wird durch die ihn umgebenden sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse. Der Mensch ist für Marx zuerst Gattungswesen. Diese Anthropologie wird im Leninismus konsequent weitergeführt. Er will das Wesen des Menschen wissenschaftlich definieren durch die „Analyse des Charakters seiner Arbeit“ (Wö 241 f). Hierdurch und auf Grund der Bestimmung des Menschen als Persönlichkeit wird ein funktionales Menschenbild grundgelegt: Staat und Gesellschaft stehen über dem Individuum. Der Mensch wird als Ergebnis oder Produkt gesellschaftlicher Beziehungen verstanden. „Der Mensch ist das höchste Wesen für den Menschen“: diese Aussage von Marx ist integraler Bestandteil dieser Anthropologie. In dieser Sicht wird der Mensch erst zu

einer Persönlichkeit im sozialistischen Arbeitsprozeß; letzterer bestimmt, was wesentlich und was unwesentlich für das Leben des Individuums ist. Das Leben des Menschen ist somit nicht nur planbar, der Mensch selbst ist herstellbar: „Die Herausbildung eines neuen Menschen ist nicht nur Folge, sondern zugleich Bedingung des erfolgreichen Aufbaus des Kommunismus.“ (WK 535)

3.2. *Das kommunistische Menschenbild*

In der Entwicklung der staatlich verordneten Doktrin war noch eine letzte Steigerung vorgesehen: Der IX. Parteitag der SED im Mai 1976 proklamierte die „kommunistische Erziehung“ und die Heranbildung der „kommunistischen Persönlichkeit“ (Programm der SED, Berlin 1976, 48–51). Die Partei war so verblendet, daß sie nur noch „die Annäherung aller Klassen und Schichten auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung“ zulassen wollte (Abriß 658). Sie proklamierte den Übergang zum Kommunismus. Die SED nannte sich „Kampfbund der Kommunisten“. Die Partei wollte den Glauben verbreiten, Inhalt und Formen des Lebens in der DDR hätten sich „qualitativ verändert“; sie setzte den unseligen Beschluß durch, daß die sozialistische Kultur ihren „unverwechselbaren Klassencharakter“ dokumentieren müsse (Abriß 665). Sie bekräftigte ihr Hauptanliegen, „daß die ideologische Arbeit das Herzstück der Partei ist und bleibt“ (Abriß 669). Das gesamte Leben in der Gesellschaft kannte demnach nur ein letztes Ziel: „die Erziehung des Menschen der kommunistischen Gesellschaft“ (Abriß 672).

Im November 1976 wurde Wolf Biermann aus der DDR ausgewiesen. Die Tragik, die darauf mit dem Weggang oder der Ausweisung zahlreicher Schriftsteller und Künstler verbunden war, weckte das Bewußtsein der Menschen auf und hielt es wach bis zum Herbst 1989. Die Ereignisse um die Person Wolf Biermann sind bis heute nie vergessen worden. Man sollte aber auch die nicht vergessen, welche als Christen die Folgen dieser ideologischen Verirrungen in der DDR in ihrem konkreten Leben erfahren mußten. Während Honecker als Staatsmann die Welt bereiste, wurden viele Hoffnungen und Erwartungen seiner andersdenkenden Untertanen zunichte gemacht. Sie begingen scheinbar nur einen einzigen Fehler: sie widersetzten sich diesem Menschenbild.

3.3. *Vom Wert des Menschen und seinen Rechten*

Daß das Menschenbild der Staatsdoktrin zu Konflikten führen mußte, wurde schon im Jahre 1974 sichtbar. Nach christlichem Verständnis ist der Mensch Person von Anbeginn seines Daseins. Wert und Würde des Menschen sind unlösbar an seine Personalität gebunden. Für den Christen erscheint mit dem

Begriff der sozialistischen oder kommunistischen Persönlichkeit die Unverletzlichkeit, Unwiederholbarkeit und Einmaligkeit nicht mehr begründbar. Dieses Menschenbild verlangte die Unterwerfung des Individuums unter eine kollektive Totalität. Damit wurde ihm das Recht verweigert, in Freiheit über sich selbst zu verfügen und zu bestimmen.

Die Brisanz dieser Diskussion wurde deutlich, als sich immer häufiger Bürger der DDR auf die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beriefen. Nachdem beide deutsche Staaten den Vereinten Nationen beigetreten waren, forderten nicht zuletzt die Christen die Einhaltung der Menschenrechte ein. Von Bedeutung war und bleibt es, daß der Präambel das Menschenbild der christlich-abendländischen Kultur zugrunde liegt. In ihr wird ausdrücklich von der „Würde“ und dem „Wert“ der „menschlichen Person“ gesprochen. Darauf und auf die in ihr genannten „grundlegenden Menschenrechte“ haben sich zahlreiche Bürger berufen, wenn sie Diskriminierungen erfuhren oder das Land verlassen wollten. Die zuerst innerkirchliche Diskussion drang bald in die Öffentlichkeit. Da der Staat diese Einforderung der Menschenrechte nicht anerkennen konnte und bei dem Prinzip der „Gnadenerweise“, bemessen nach der Loyalität gegenüber dem System, blieb, meinte er, die These von den vorgegebenen Rechten sollte der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, gleichsam als der zuständige „Theoretiker“ widerlegen. Dieser scheute sich nicht, in einer Rede vor der Volkskammer, deren Präsident er war, zu behaupten, die Ansicht, wonach vom Glauben her „bestimmte Menschen- und Freiheitsrechte vorgegeben seien“, stamme aus „pseudoreligiösen und pseudotheologischen Argumenten“; für sie gebe es „weder in der Bibel noch in der Geschichte der Kirchen bis in die Neuzeit hinein einen Beleg“ (Thüringer Tageblatt vom 26.2.1974). Das Wertesystem in der DDR sollte allein von der Ideologie der herrschenden Klasse bestimmt werden. Nach deren Verständnis waren Ethik und Moral klassengebunden und einem ständigen historischen Wandel unterworfen. Grundlage für ethische Kriterien war das sogen. „Leistungsprinzip“: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Doch nicht nur Christen mußten erfahren, daß der Nachweis von Fähigkeiten oft nicht ausreichte, um sich in diese Gesellschaft einbringen zu können. Die Leistung des Bürgers sollte – theoretisch betrachtet – auf ihre „moralischen Qualitäten“ hin bewertet werden. Entscheidend war, ob seine Arbeit, sein Verhalten, sein ganzes Leben dem Kommunismus diene (Ef 435). Anders ausgedrückt: „Höchster Grundsatz der kommunistischen Moral ist die Ergebenheit für die Sache des Kommunismus.“ (WK 545) Der Begriff „kommunistische Moral“ wird von der Ideologie noch vor der Proklamation der „kommunistischen Persönlichkeit“ als Ideal der Pädagogik ausgegeben; die Mitglieder der Pionierorganisation – das waren so gut wie alle Kinder in der DDR – sollten, so das Neue Deutschland vom 24.8.1973, auf dieses Ziel hin erzogen werden.

Welchen Beitrag die Kirchen in ihrer Bildungsarbeit dafür geleistet haben, daß die alternative Welt des Geistes und der Werte, wie sie unseren Kulturkreis prägten, lebendig geblieben sind, wird die Forschung erweisen müssen. Die Bildungshäuser der katholischen Kirche waren überfüllt, wenn Wochenenden für die Jugend, die Studenten und die Akademiker über philosophische und weltanschauliche Themen angeboten wurden. Besonderes Interesse fanden Themen, die sich mit dem Marxismus-Leninismus auseinandersetzten. Wir sollten nicht vergessen, daß jeder Teilnehmer an einem solchen Wochenende einen polizeilichen Anmeldeschein ausfüllen mußte, der vom Veranstalter, der Kirche, noch in den späten Abendstunden gebündelt bei der zuständigen „Meldestelle der Volkspolizei“ abgegeben werden mußte; nur unter derartigen Schikanen konnte kirchliche Bildungsarbeit durchgeführt werden. Die Staatssicherheit besaß somit die Kontrolle über den Kreis der Teilnehmer, zu welchem nicht nur Christen gehörten. Diese Bildungsarbeit umfaßte alle Bereiche des geistigen Lebens, der Kultur, der Kunst und der Literatur. Probleme der Pädagogik, der Ethik, der Naturwissenschaft wurden ebenso behandelt wie die der Religion. Die jungen Menschen fanden in diesen Häusern Antworten auf ihre Lebensfragen wie Liebe, Ehe, Beruf, Wehrdienst und vieles andere. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der „Andersdenkenden“ wurde gestärkt. Die Bedeutung dieser Bildungsarbeit in der DDR, die von beiden Kirchen geleistet wurde, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

4. *Offene Fragen*

4.1. *Zur katholischen Kirche*

Die eindeutige Ablehnung des Marxismus-Leninismus trug der katholischen Kirche zumindest Respekt, wenn nicht Hochachtung bei Teilen der Bevölkerung ein. Trotzdem bleibt zu fragen, ob sie den Auftrag des Evangeliums, Verantwortung in der Gesellschaft wahrzunehmen, voll erfüllt hat. In ihrer Kritik am Staat und an dessen Ideologie dürfte sie bis an die Grenze des Möglichen gegangen sein. Als sie im Hirtenbrief zum Weltfriedenstag 1983 Kritik am Wehrkundeunterricht übte, reagierte die Partei gereizt und außergewöhnlich scharf. Im Neuen Deutschland vom 7.1.1983 wird von denen gesprochen, die „in der DDR schon deshalb einen Feind“ sehen, „weil hier auf deutschem Boden von Deutschen der Sozialismus aufgebaut“ werde. „Daß sie dabei in diesen Tagen den Segen bestimmter Würdenträger in der DDR erhielten, die von Rom aus gelenkt werden, macht die Sache nicht besser, regt zum Nachdenken an. . . auch für einige Würdenträger, die Staatsbürger der DDR sind.“ An der Verbindung von Hohn („Segen“, „Würdenträger“), Ausgrenzung („von Rom aus gelenkt“) und Drohung (die Kirche unterstützt den Feind und gehört dem imperialistischen Lager an) wird deutlich, daß sich an dem

Verhältnis zwischen Kirche und Staat nie etwas Wesentliches geändert hat; sie war von Anfang an ein Fremdkörper in dieser Gesellschaft.

Die Forschung wird die Frage beantworten müssen, ob Protest gegen die großen Menschenrechtsverletzungen – Aufstand am 17.6.1953, Mauerbau bis hin zum Kriegsrecht in Polen und der Wahlfälschung 1989 – möglich, ja erforderlich gewesen wäre, ebenso, ob Protest durch Eingaben bekundet worden ist. Besonders nach 1985 haben viele Gläubige eine noch stärkere Stellungnahme zu den Vorgängen in der Gesellschaft erwartet.

Ferner ist der Frage nachzugehen, warum die zwischen 1973 und 1975 abgehaltene Pastoralsynode in Dresden nicht größere Nachwirkungen ausübte. Wie nie zuvor beteiligte sich die Basis mit Tausenden von Stellungnahmen an der Analyse der Gesellschaft und an der Suche nach Ort und Aufgabe der Kirche in der DDR. Waren es theologische, waren es kirchenpolitische Gründe, daß diese synodalen Elemente in der Kirche nicht beibehalten und ausgebaut wurden, wie es das II. Vatikanische Konzil zuvor gefordert hatte?

4.2. *Zur marxistischen Philosophie*

Es besteht kein Zweifel daran, daß es in der DDR auch Philosophen gab, die sich nicht immer mit der offiziell verbreiteten Ideologie identifizierten. Noch bevor in der Sowjetunion das „neue Denken“ eine Chance erhielt, fanden eine Reihe marxistischer Philosophen in der DDR den Mut, Grundbegriffe der Philosophie ganz ungewohnt neu zu definieren (vgl. dazu DZ 1990, 411–421; ferner Wahrheit, 98–127; Sinngestalten 174–191). Hatte Marx den Humanismus früherer Jahrhunderte die „Vor-Geschichte“ der Menschheit genannt und den Kommunismus als „realen Humanismus“ bezeichnet, so suchten diese Philosophen den Begriff des Humanismus neu zu bestimmen. Denen, die nicht Marxisten seien, dürfe humanistische Gesinnung nicht abgesprochen werden. Zum ersten Mal wird „Toleranz“ thematisiert, ein Begriff, der zuvor wegen des Absolutheitsanspruches dieser Philosophie tabuisiert gewesen ist. Toleranz bedeute, Humanismus auch in anderen Weltanschauungen und im Christentum anzuerkennen (DZ 1984, 757–761).

Im Jahre 1982 konnte man in einem Lehrbuch der Pädagogik noch Sätze wie diese lesen: „Der Hauptgegner der wissenschaftlichen Weltanschauung ist die Religion. Es ist die Aufgabe der Schule, die Schüler zu bewußten Atheisten zu erziehen, die bereit und fähig sind, einen unversöhnlichen Kampf gegen die Religion zu führen. . . Wichtig ist, daß man den Schülern das Schädliche der religiösen Moral zeigt“ (Erziehung 94). Es gehörte daher erheblicher Mut dazu, die These zu vertreten, daß die Religionen und ihre Institutionen in der internationalen Öffentlichkeit hohe moralische Autorität besitzen (DZ 1984, 767). In diesem Zusammenhang wird den Christen ethische Einstellung und Einsatz für eine gerechtere Welt bestätigt.

Einzelne Autoren sprechen davon, daß den Christen Toleranz und Respekt entgegengebracht und jede Form von Kulturkampf abgelehnt werden müsse; weder Verletzung der religiösen Gefühle noch administrative Maßnahmen gegen die Religion dürften zugelassen werden. Sozialismus sei nicht gleichbedeutend mit einem atheistischen Staat, der Gläubige und Kirchen unterdrücke (DZ 1985, 879–882; vgl. 875). Aussagen dieser Art waren nicht zuletzt für junge Christen hilfreich, die sich im Staatsbürgerkundeunterricht oder in den obligatorischen Vorlesungen der Fächer des Marxismus-Leninismus mit diesen Argumenten zur Wehr setzen konnten.

Vereinzelt fanden seit 1987 in den Räumen der beiden Kirchen große Dialogveranstaltungen mit marxistischen Philosophen statt, was zuvor als unvorstellbar galt. Die Zahl der Besucher ging in die Hunderte, ein Zeichen dafür, wie sehr die Menschen in der Ideologie die letzte und eigentliche Ursache für die konkreten Lebensumstände in der DDR sahen. Die dort geführten Auseinandersetzungen waren ehrlich, hart und doch menschlich fair. Wer sich als Vertreter dieser Ideologie gesprächsbereit zeigte, sollte dafür nicht den aufgestauten Zorn und Unmut zu spüren bekommen. Diese Philosophen konnten sprechen ohne jede Phraseologie, sie stellten sich allen Problemen und unbequemen Fragen wie Atheismus, Toleranz, Stellung und Chancen des Christen in der Gesellschaft, Jugendweihe, kommunistische Erziehung u. a.

Die Forschung mußte noch klären, ob und wann die bis dahin gewohnte Geschlossenheit der Philosophie in der DDR aufgebrochen wurde, ob es Auseinandersetzungen unter den Vertretern dieser Philosophie gab, ob diese Dialogbereitschaft Repressalien nach sich zog, ob es eine Duldung oder gar eine Lenkung von Seiten der Partei gab.

4.3. *Zur Ökumene*

Die Geschichte der christlichen Kirchen in der DDR darf nicht unter dem Aspekt der Kirchenpolitik von seiten der Bischofskonferenz oder der Landeskirchen geschrieben werden. Kontakte von Kirchenvertretern mit Funktionären des Staates fanden an der Basis nur dann Interesse, wenn damit die Hoffnung auf größeren Freiraum des kirchlichen Lebens verbunden war. Im Alltag schwanden konfessionelle Abgrenzungen immer mehr. Aus der konfessionellen Diaspora der Katholiken war nach etwa 20 Jahren DDR eine säkulare Diaspora für alle Christen geworden. Über Konfessionsgrenzen hinweg schlossen sich die Getauften schon in der Schule zusammen und kannten einander im Betrieb wie im Wohngebiet. Das erste ökumenische Friedensgebet in der DDR wurde nicht von oben her angeordnet, sondern in Erfurt im Dezember 1978 von der Basis eingeführt. Es findet bis heute in der katholischen St.Lorenzkirche statt. Christen aller Konfessionen erduldeten Nachteile, wenn sie ein Kreuz trugen oder den Aufnäher „Schwerter zu

Pflugscharen“. Unter den ersten wenigen Mutigen, die am 16.10.1989 – Honecker war noch nicht gestürzt – nach dem Friedensgebet mit Kerzen zu dem riesigen Gebäude der Staatssicherheit zogen und die Lichter dort aufstellten, waren Studenten der Predigerschule wie des Priesterseminars; sie konnte man auch unter den ersten Besetzern der Stasi finden.

Warum die Berliner Bischofskonferenz und die Leitung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR nie einen gemeinsamen Hirtenbrief zu den Problemen in der Gesellschaft verfaßt haben – auch nicht im Herbst 1989 –, sollte die theologische und historische Forschung ergründen.

Zweifellos leistete die Ökumenische Versammlung in Dresden 1988/1989 einen der wichtigsten Beiträge dafür, daß die Wende kam und unblutig verlief. An ihr nahmen alle christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften in der DDR teil. Aus den Gemeinden und Gruppen kamen Zehntausende von Beiträgen, die nicht zuletzt das Leben des Christen in der DDR und deren notwendige Veränderung zum Thema hatten. Besonders im dritten Beschluß, „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartung“, wurde die damals in der DDR herrschende Atmosphäre deutlich. Ausdrücklich wird der gesellschaftliche Erneuerungsprozeß als notwendig bezeichnet (3). Die Bedrängung durch die ideologische Erziehung, der Zwang zur Mitgliedschaft in den Organisationen, zur Teilnahme an Jugendweihe und Wehrunterricht wird ausdrücklich geschildert. Die gesellschaftliche Position hänge von solcher Art Konformismus und Opportunismus mehr ab als von beruflicher Leistung. Staats- und Parteiführung meinten zu wissen, was notwendig und gut sei, der Bürger erfahre sich als Objekt von Maßnahmen. Es herrsche eine Spannung zwischen den Regierenden und den Regierten, die den inneren Frieden beeinträchtige (6). Wenige seien bereit, für das Gemeinwohl Verantwortung zu übernehmen (7). Es kommen zur Sprache die fehlende Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit im Lande, die Kriminalisierung eigenständig denkender Jugendlicher und die Belastungen der Frauen (8). Es werden eingefordert die Beachtung der Menschenrechte, Informationen, Meinungs Austausch und Rechtssicherheit, die Trennung von Staats- und Parteifunktionen, freie Wahlen, ein anderes Bildungs- und Erziehungswesen, Freiheit in Kunst und Kultur (10–16). Die Führung der DDR war bis zu diesem Zeitpunkt noch nie von einer derartig großen Gruppe in dieser Schärfe angegriffen worden. Sie mußte sich herausgefordert fühlen. Vor Verabschiedung dieses Beschlusses am 30.4.1989 sandte die Regierung in der Person des Staatssekretärs Löffler einen Funktionär, der die Aufgabe hatte, die Beschlußfassung mit allen Mitteln zu verhindern. Es ist noch zu erforschen, welche gravierenden Drohungen mit dieser Aufforderung verbunden waren. Adressat waren Bischof Hempel und Altbischof Schaffran (Bischof Reinelt war nicht in Dresden). Bischof Hempel, Mitglied der Ökumenischen Versammlung, gab den Teilnehmern

exakten Bericht und die Empfehlung, der Erpressung zu widerstehen. Der Beschluß wurde mit wenigen Gegenstimmen verabschiedet.

Aus diesen historischen Erfahrungen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß das Christentum in den neuen Bundesländern nur Zukunft besitzt in lebendiger und glaubwürdiger Ökumene.

Literatur (deren Titel in Abkürzung zitiert wird)

- Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990. Hrsg. v. G.Lange/U.Pruß/F. Schrader/S.Seifert. Leipzig 1992. *Abk.: Dok*
- Kirchen und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten. Hrsg. von G.Helwig/D.Urban. Köln 1987. *Abk.: Kirchen*
- Neues Deutschland. *Abk.: ND*
- Deutsche Zeitschrift für Philosophie. *Abk.: DZ*
- Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre. Hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Berlin 1979. *Abk.: Geschichte*
- Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie. Berlin 1973. *Abk.: Grundlagen*
- Philosophisches Wörterbuch. Hrsg. von G.Klaus/M.Buhr. 2 Bd. Berlin 1974 (10. Aufl.). *Abk.: Wö*
- Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß. Berlin 1978. *Abk.: Abriß*
- Wissenschaftlicher Kommunismus. Studiengrundlage für Propagandisten und Teilnehmer des Parteilehrjahres. Berlin 1973. *Abk.: WK*
- Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus. Im Auftrag des Ministeriums für Volksbildung der DDR. Berlin 1972. *Abk.: Ef*
- Konrad Feiereis: Wahrheit – Wissenschaft – Fortschritt. Philosophie in der DDR, betrachtet aus christlicher Sicht. In: Wahrheit in Einheit und Vielfalt. Hrsg. von E.Coreth. Düsseldorf 1987. *Abk.: Wahrheit*
- Ders.: Kirche und Marxismus vor Ort – eine Aufgabe für die christliche Philosophie. In: Sinngestalten. Metaphysik in der Vielfalt menschlichen Fragens. (Festschrift für E.Coreth SJ. Hrsg. von O.Muck SJ.) Innsbruck-Wien 1989. *Abk.: Sinngestalten*
- Zur Theorie und Methodik der kommunistischen Erziehung. Berlin 1982. *Abk.: Erziehung*
- Dresden – Basel – Seoul. Vergleich der Schlußdokumente. Kommission JUSTITIA ET PAX der Berliner Bischofskonferenz. Berlin 1990. Zitiert nach der *Nummer* des Textes.

Zusammenfassung

Diese Expertise beschreibt das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und dem Staat „DDR“ unter dem Aspekt des Gegensatzes von christlichem Glauben und marxistisch-leninistischer Weltanschauung. Die staatlich verordnete Ideologie suchte das gesamte individuelle und gesellschaftliche Leben zu prägen. Vor allem waren ihr alle Institutionen von Bildung und Erziehung unterworfen. Der Vf vertritt die These, daß die Auswirkungen der Indoktrination noch über Jahrzehnte hin nicht absehbar sind. Quantitativ war nur

ein geringer Teil der Bevölkerung vom Kommunismus überzeugt. Doch ein großer Teil adaptierte partiell verschiedene Inhalte der Ideologie. In der DDR vollzog sich ein andersgearteter Bruch mit der geistig-kulturellen Tradition des christlichen Abendlandes, als er jetzt in den alten Bundesländern im Prozeß der Säkularisierung zutage tritt.

In einem ersten Hauptteil der Expertise weist der Vf nach, daß in der Sicht des Marxismus-Leninismus der politische, wirtschaftliche oder soziale Gegensatz der Systeme stets den Gegensatz der Weltanschauungen einschloß. Die SED wich von den Grundprinzipien ihrer Ideologie niemals ab; ihre Strategie war von ihnen bestimmt und änderte sich während des Bestehens der DDR im Grunde nicht.

Bis 1947 schien es, daß Hoffnungen auf einen demokratischen Staat begründet waren, von da an wurden die Ideen Lenins und Stalins unerbittlich durchgesetzt. Vom Anfang bis zum Ende der DDR bedeutete für die katholische Kirche die Identifizierung von Sozialismus und dialektischem Materialismus ein Hindernis, die sozialistische Gesellschaft zu bejahen und in ihr gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Der Staat selbst verweigerte jede Art von weltanschaulicher Koexistenz und beanspruchte das Monopol auf Wahrheit. Vf zeigt auf, daß selbst in den Perioden der Entspannung keine geistigen Freiräume für die eigene Bevölkerung konzidiert wurden. Der eindeutig atheistische Charakter der sozialistischen Gesellschaft veranlaßte die katholische Kirche, die Kontakte zu den Vertretern des Staates auf ein Minimum zu begrenzen. Ihr Selbstverständnis war das einer Kirche in der Diaspora, nicht einer Volkskirche. Sie suchte durch die Wahrung ihrer pastoralen und karitativen Tätigkeit diese zweite Diktatur durch „Überwintern“ zu überleben. Den katholischen Christen in der DDR war es unmöglich, eine letzte Identifikation mit diesem „realen Sozialismus“ und dessen geistigen Strukturen herzustellen. Ein religiöser Bürger wurde der philosophischen Richtung des Idealismus zugeordnet, wodurch eine volle Integration in den Staat von vornherein ausgeschlossen war; Idealismus galt als Weltanschauung des Klassenfeindes.

In seinem zweiten Hauptteil beschreibt der Vf die Wurzeln der Religionskritik, wie sie in der DDR geübt und wie daraus ein militanter Atheismus hergeleitet wurde. Diese Doktrin bot nie Anlaß, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu erhoffen. Selbst die Entscheidung für einen „religiösen Sozialismus“ war Christen verwehrt und wurde als „Diversion“ ausgelegt. Die Strategie des Systems lief darauf hinaus, das Aussterben der Religion aktiv zu befördern. Vf weist darauf hin, daß die katholischen Bischöfe selbst in der Phase allgemeiner Entspannung im Jahre 1974 einen ungewöhnlich scharfen und kritischen Hirtenbrief gegen das Bildungssystem der DDR verfaßt und Menschenrechte nicht nur für ihre Gläubigen, sondern für alle Bürger eingefordert haben.

Der dritte Hauptteil behandelt den Gegensatz zwischen dem christlichen

Menschenbild und dem der damals herrschenden Ideologie. Der Marxismus verwarf entschieden das Verständnis des Menschen als Person, damit auch die jedem Individuum vorgegebenen Menschenrechte. Der Bruch mit der christlichen und humanistischen Tradition gipfelte in dem seit 1976 proklamierten Erziehungsziel, die „kommunistische Persönlichkeit“ heranzubilden, einen neuen Menschen schaffen zu wollen. Vf zeigt an Beispielen auf, welche Konsequenzen sich für den christlichen Bürger und für das Wertesystem in der Gesellschaft überhaupt ergaben und welche große Bedeutung der kirchlichen Bildungsarbeit zukam.

Der vierte Hauptteil benennt offene Fragen, deren Klärung Aufgabe der Forschung sein muß. Dazu zählt die Frage, ob die katholische Kirche Möglichkeiten ihrer Kirchenpolitik wirklich ausgeschöpft hat und worin tatsächlich die Grenzen bestanden. Die Geschichte von den Kirchen in der DDR sollte nach Ansicht des Vfs die konkrete Lebenssituation des Christen in der Gesellschaft in den Vordergrund stellen und nicht Einzelaspekte der Stasi-Verdächtigungen.

Von 1974 an gab es einzelne Vertreter der marxistischen Philosophie, die aus der Starre des Systems ausbrachen und Religion und Christentum, Toleranz und Humanität neu und positiv bewerteten. Es fanden Dialogveranstaltungen in den Räumen der Kirchen statt. Den Hintergründen dieser Öffnung sollte nachgeforscht und geklärt werden, ob und welche Auseinandersetzungen bezüglich Religion, Christentum und Kirchenpolitik unter den Philosophen in der DDR stattfanden.

Theologen und Historiker sollten erforschen, aus welchen Gründen die Berliner Bischofskonferenz und die Leitung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR niemals ein gemeinsames Hirtenwort zu den Fragen und Problemen der Gesellschaft verfaßt haben, im Gegensatz zu den Gepflogenheiten in der Bundesrepublik vor 1989.

Schließlich sollte die Forschung ihre Aufmerksamkeit der Ökumenischen Versammlung 1988/89 in der DDR zuwenden, vor allem ihrer geistigen und politischen Bedeutung für die Herbeiführung der Wende und für deren unblutigen Verlauf. Es gab niemals eine größere Provokation gegenüber der DDR und ihren Machthabern als deren Beschluß „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“. Drohungen massivster Art suchte die Verabschiedung dieses Beschlusses am 29. und 30.4.1989 zu verhindern; doch war es dafür schon zu spät.